

**Vollversammlung des Diözesanrates der Katholiken
der Erzdiözese München und Freising
am 9. und 10. Oktober 2009**

Bericht des Vorsitzenden

[Es gilt das gesprochene Wort]

I. Drei Projekte – gemeinsam an einem Strang ziehen: Pfarrgemeinderatswahlen, Ökumenischer Kirchentag, Prozess „Dem Glauben Zukunft geben“

Dr. Wouters hat uns in seinem Grußwort auf den II. Ökumenischen Kirchentag eingestimmt. Ich bitte Sie, in den Pfarrgemeinden und Verbänden dieses große Ereignis als Chance zu sehen - als Chance, mit unseren Mitchristen in den anderen Kirchen in der Öffentlichkeit Flagge zu zeigen und Zeugnis zu geben von dem, was uns als Christen wichtig ist und von unserer Überzeugung, dass die christliche Hoffnung das Leben eines jeden bereichert, dass aber auch die Gesellschaft als Ganze auf diesen Hoffnungsgedanken nicht verzichten kann. Die Verpflichtung zur ökumenischen Gemeinsamkeit ist keineswegs etwas, was wir unserem Glauben als katholische Christen hinzufügen müssten. Sie ist Teil unserer katholischen Glaubensüberzeugung.

Der Vorstand des Diözesanrats wollte mit der Wahl des heutigen und morgigen Themas – nämlich „Mehr Gott wagen: Der Mehrwert christlicher Hoffnung“ - einen Beitrag zum „Weg auf den II. Ökumenischen Kirchentag“ leisten.

Von vielen höre ich: Wenn nächstes Frühjahr nur der II. Ökumenische Kirchentag stattfände, das ginge ja noch. Ein Großereignis könnten wir ja noch schultern. Das sind wir in der Erzdiözese München und Freising gewohnt. Aber der Kirchentag fällt ja in eine Zeit, in der zwei weitere Großprojekte anstehen: am 7. März die Pfarrgemeinderatswahlen und dann die Endphase des von Erzbischof Marx eingeleiteten Prozesses „Dem Glauben Zukunft geben“. Gerade für Ehrenamtliche ist die Organisation und die Begleitung dieser drei Ereignisse eine große Herausforderung.

Wir sollten aber auch das Positive sehen: Meines Erachtens bieten die drei Ereignisse die einzigartige Chance, den christlichen Glauben als Quelle des Lebensgewinns, der Lebenshilfe und der Befreiung zu vermitteln. Alle drei Projekte können zeigen, wie lebendig die Kirche ist. Alle drei Projekte können uns anspornen, den gesellschaftlichen Wandel nicht einfach hinzunehmen und zu bejammern, sondern als Herausforderung anzuneh-

men. Uns muss klar sein: Es reicht nicht den scheinbar „guten, alten Zeiten“ nachzutrauern. Genau auf diese Öffnung auf das Kommende hin, genau auf diesen Mut, nicht nur Maß am Hergekommenen zu nehmen, zielen das Zukunftsforum, zielt der Prozess „Dem Glauben Zukunft geben“.

Im Blick auf die Pfarrgemeinderatswahlen bitte ich Sie, die Wahlen nicht nur als formalen und bürokratischen Akt anzusehen. Nutzen Sie die Zeit bis zu den Wahlen, um auf die Bedeutung der Mitverantwortung in der Kirche hinzuweisen. Mit ein wenig Schwung und Begeisterung, mit ein bisschen Mut und Weitblick finden sich genügend Kandidaten. Vergessen Sie nicht: Für die Legitimation unseres Handelns als engagierte Laien ist die Wahlbeteiligung alles andere als unbedeutend. Ich weiß: Die gesellschaftliche Stimmung bläst uns eher ins Gesicht, als dass sie uns antreibt. Wir haben trotzdem bei den letzten zwei Wahlen die Wahlbeteiligung im Vergleich zu den 1990er Jahre steigern können. Dies ist nicht gering zu schätzen in einer Zeit, in die Beteiligung an demokratischen Wahlen landauf und landab drastisch einbricht. Aber das Niveau ist mit dem diözesanen Durchschnitt von 12 % sehr niedrig. Wir haben uns daher auch dieses Mal das Ziel gesetzt, die Wahlbeteiligung zu steigern. Viele Pfarrgemeinden haben bei den letzten Wahlen gezeigt, dass eine deutliche Steigerung möglich ist: mit dem Einsatz von Wahlbenachrichtigungskarten, mit besonderen Aktionen und Gottesdiensten am Wahltag usw. Mit viel Engagement und guter Öffentlichkeitsarbeit können wir eine Steigerung der Wahlbeteiligung erreichen. Machen wir durch unseren Einsatz deutlich: Mitverantwortung in der Kirche ist wichtig und wertvoll. Der Reichtum der Kirche sind die Menschen, die zu ihrer Berufung stehen und ihre Fähigkeiten im Dienste Jesu einbringen. Dies ist auch der Sinn des Wahlmottos „Aus Überzeugung ... kandidieren, wählen, mitmachen“. Die Kirche ist kein Dienstleistungsunternehmen. Die Kirche ist eine Glaubensgemeinschaft. Dazu braucht es aber Menschen, die aus Überzeugung aktiv werden. Lasst uns mit den Pfarrgemeinderatswahlen 2010 hierfür ein Zeichen setzen.

II. Der arbeitende Mensch braucht Sicherheiten – Ein klares Ja zum Kündigungsschutz

Trotz der Großprojekte dürfen wir als Räte und Verbände nicht die Aufgabe aus den Augen verlieren, gesellschaftliche und politische Entwicklungen zu beobachten und kritisch zu begleiten. Lassen Sie mich daher ein Wort zu den Koalitionsverhandlungen sagen. Vor allem die Frage des Kündigungsschutzes liegt mir am Herzen. Die Wirtschaftsverbände erwarten eine Lockerung und hoffen auf die tatkräftige Unterstützung der FDP. Ich kann hier nur sagen. Hände weg davon. Hier ist in den letzten Jahren genug gelockert worden. Nur ein Beispiel: Die Anzahl der befristeten Arbeitsverhältnisse hat sich seit 1995 verdop-

pelt. Gerade bei jüngeren Menschen nimmt befristete Arbeit zu. Ein Viertel aller Berufstätigen unter 25 Jahren hat nur einen befristeten Arbeitsvertrag. War früher befristete Beschäftigung ohne sachlichen Grund bei Neueinstellung maximal für ein Jahr möglich, gilt dies seit 2001 bis zur Gesamtdauer von zwei Jahren. Selbst eine dreimalige Verlängerung eines befristeten Vertrages ist möglich. Weitere Erleichterungen für befristete Arbeit gelten für die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer und für die Einstellungspraxis von Existenzgründern. Darüber hinaus erlaubt das Teilzeit- und Befristungsgesetz bei Projekten eine Zeit- und Sachgrundbefristung. Es wurden also in den letzten Jahren gerade bei Neueinstellungen über die Befristung von Arbeitsverhältnissen sehr viele Möglichkeiten geschaffen, den Kündigungsschutz zu umgehen.

Es spricht daher nichts dafür, die Sicherungsmechanismen von Arbeitsverhältnissen noch weiter auszuhöhlen. Das Gegenteil ist der Fall: Nach Jahren des Abbaus muss jetzt nach Lösungen gesucht werden, wie die ungezügeltere Ökonomie und die unruhigen Arbeitsmärkte gezähmt werden können. Die KAB und die Gewerkschaften haben hier recht: Es ist nicht einfach sozial, was Arbeit schafft. Wir müssen auch darauf schauen, dass Kriterien und Standards für menschenwürdige und „gute“ Arbeit eingehalten werden. Der arbeitende Mensch ist nicht einfach ein beliebiges, austauschbares Rädchen im Getriebe des Wirtschaftsprozesses.

Auch müssen wir acht geben, dass sich die Arbeitnehmerschaft in Deutschland nicht weiter spaltet, in solche, für die der Kündigungsschutz gilt und die einer unbefristeten, kontinuierlichen Vollzeitbeschäftigung nachgehen, und solche, die jederzeit gekündigt werden können, weil für sie nicht gleiche Rechte gelten. Dadurch wird eine Dynamik in Gang gesetzt, die für viele Arbeitnehmer die Lebensplanung erschwert oder verunmöglicht. Die Destabilisierung des Lebens fördert eine Mentalität, sich zunächst auf das eigene Fortkommen zu konzentrieren. Dies hat auch Folgen für die Familienplanung. Wenn ein Viertel aller Berufstätigen unter 25 Jahren nur einen befristeten Arbeitsvertrag hat, ist es nicht verwunderlich, wenn die Entscheidung für Kinder immer weiter hinausgezögert wird – bis es dann vielleicht zu spät ist. Bestätigt wird diese Diagnose durch mehrere vor kurzem veröffentlichte Studien, die auf Befragungen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen und Analysen des Mikrozensus beruhen. Die Studien kommen übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass neben einer gefestigten Partnerschaft die Arbeitsplatzsicherheit die wichtigste Voraussetzung für die Familiengründung ist. Demnach sind nicht so sehr die fehlenden Krippen- und Ganztagsbetreuungsmöglichkeiten die Ursache für den bundesdeutschen Kindermangel. Laut dieser Umfragen wünscht sich zwar eine Mehrheit der jüngeren Frauen eine Betreuungseinrichtung für ihre künftigen Kinder. Allerdings ist nur für eine kleine Minderheit der Mangel an solchen Betreuungseinrichtungen ein Faktor, der ihren Kinder-

wunsch bremst. Viel entscheidender dafür sind die flexibilisierten und unsicheren Arbeitsverhältnisse. Um es plakativ und fast zynisch zu sagen: Die politisch auf den Weg gebrachte Flexibilisierung des Arbeitsmarktes ist ein äußerst wirkungsvolles Verhütungsmittel für junge Paare. Die Ergebnisse der Studien legen nahe, dass für viele Paare Arbeitsplatzsicherheit eine notwendige Bedingung für die Familiengründung ist. Erst wenn Arbeitsplatzsicherheit gewährleistet ist, können weitere familienpolitische Maßnahmen wie Elternzeit und Elterngeld oder der Ausbau der Kleinkindbetreuung ihre positive Wirkung erst richtig entfalten. Die Ausgestaltung des Arbeitsmarktes ist in keiner Weise ein bloß wirtschaftspolitisches Thema.

Übrigens: Wir, das heißt der Diözesanrat, wird zum Thema „Wandel der Arbeitswelt“ auf dem II. Ökumenischen Kirchentag auf einer Podienreihe vertreten sein.

III. Familien unterstützen, auch finanziell

Auf einen zweiten Punkt der Koalitionsverhandlungen möchte ich noch eingehen. Ich begrüße es, den Steuerfreibetrag für Kinder auf 8.004 Euro im Jahr und damit auf das Niveau eines Erwachsenen zu erhöhen. Darauf braucht man aber nicht stolz zu sein. Das Bundesverfassungsgericht fordert seit eineinhalb Jahrzehnten, diese Gerechtigkeitslücke zu schließen. Neben der Erhöhung des Kinderfreibetrages ist ein weiterer Schritt notwendig: Das Kindergeld muss auf mindestens 200 Euro im Monat angehoben werden, um Familien mit geringen Einkommen nicht zu benachteiligen. Wer wenig oder keine Steuern zahlt, hat von der Anhebung der Steuerfreibeträge nichts.

Nicht außer acht gelassen werden darf, dass auch die Gerechtigkeitslücken in den Sozialversicherungssystemen geschlossen werden. Auch hieran hat das Bundesverfassungsgericht mehrmals erinnert. Ich appelliere daher an die neue Koalition, die Anrechnungszeiten für Kindererziehung in der Rentenversicherung von drei sukzessive auf sechs Jahre zu erhöhen.

Wenn die Benachteiligung von Familien im Steuer- und Sozialversicherungssystem abgebaut wird, dann setzen wir den Familienleistungs- und –lastenausgleich um. Dieser kommt unabhängig vom Einkommen allen Familien zugute. Die Anhebung der Kinderfreibeträge und die Erhöhung der Anrechnungszeiten in der Rentenversicherung sind eine Forderung der intergenerationellen Gerechtigkeit. Wenn wir uns aber darüber hinaus am Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit orientieren wollen, dann müssen wir darüber nachdenken, wie arme und benachteiligte Familien besser unterstützt werden können. Ich plädiere ganz allgemein dafür, die sozialen Transferleistungen des Staates wo immer möglich einkommensabhängig auszugestalten. Andernfalls werden die Leistungen so gering sein, dass am Ende den Bedürftigen nicht mehr geholfen ist.

IV. Der individualisierte Kampf um Chancen: Warum es ohne Solidarität nicht geht!

Im Rahmen des Prozesses „Dem Glauben Zukunft geben“ suchen wir derzeit nach den „Zeichen der Zeit“. Wie kann man den Menschen nahe sein, mit ihrer „Freude und Hoffnung, Trauer und Angst“ – unter dieser Perspektive werden die Herausforderungen für die Pastoral in den Blick genommen. Wichtig ist dabei: Wenn wir als Christen nach den Zeichen der Zeit forschen, dann müssen wir uns von dem ergreifen lassen, was die Menschen umtreibt. Zeitgenossenschaft bedeutet in diesem Sinn eine Herausforderung im wörtlichen Sinn: herauszutreten aus der kleinen Welt des Nahbereichs, die Runde der Gleichgesinnten, Gleichgestellten und Ebenbürtigen zu verlassen und sich auf die anderen einzulassen und sich in ihre Lage zu versetzen. Dies heißt aber nicht, dass jedem Trend „hinterhergerannt“ werden muss. Als Christen sind wir immer auch zu einer kritischen Zeitgenossenschaft herausgefordert. Die bloße Anpassung an die gesellschaftlichen Denk- und Handlungsmuster ist uns nicht gestattet. Christen müssen gegenüber gesellschaftlichen Strömungen und Trends gelegentlich auch widerständig sein. Dazu verpflichtet uns die Botschaft Jesu.

Ich möchte dies an einem Beispiel verdeutlichen: Der „Wandel der Familie“ ist ganz sicher ein „Zeichen der Zeit“. Hier gibt es viele Tendenzen, auf die wir in der Pastoral und in der Politik eine Antwort finden müssen. Unser Sachausschuss Familien- und Bildungspolitik hat hierzu in einem Fachgespräch Anregungen gesammelt. Zur Sprache kam dabei u. a. der Ausbau von Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren. Ein weiteres Anliegen war der Umgang der Kirche mit dem Scheitern, dem Nicht-Erreichen von Idealen - zum Beispiel die Frage, wie Wiederverheiratete ihren Platz in der Kirche finden können. Die Unbarmherzigkeit gegenüber denen, die unter der Messlatte unserer Ideale bleiben – sind wir das nicht irgendwie alle? – wird dazu führen, dass unsere Ideale und Leitideen an Zustimmung verlieren.

Es gibt aber auch Tendenzen innerhalb des Familienlebens, die wir nicht nur registrieren, sondern denen wir gegensteuern sollten. Eine Studie des Heidelberger Sinus-Sociovision-Instituts und der Konrad-Adenauer-Stiftung über Lebensbedingungen und Einstellungen von Eltern weist hier auf eine Entwicklung hin, die ich schon länger kritisch beobachte. In der Studie taucht kein Begriff häufiger auf als der des „Drucks“. Ein entscheidender Grund dafür ist die Angst der Eltern, nicht genügend für die Bildung ihrer Kinder zu tun. Viele Eltern geraten geradezu in Panik, sie könnten für ihre Kinder lebensentscheidende Gelegenheiten verpassen und die Weichen für künftige Karrieren nicht rechtzeitig stellen. Nicht selten gilt bereits die Wahl des Kindergartens als berufliche Weichenstellung. Erzieherinnen berichten, dass Eltern nervös werden, weil die Kleinen basteln und spielen, aber kein

Englisch lernen. In dieser Druck- und Konkurrenzsituation grenzen sich die verschiedenen Elternmilieus schroff voneinander ab. Die Welt, in der die Kinder einer Kassiererin oder eines Lagerarbeiters leben, hat nur noch wenig gemeinsam mit der Welt, in der die Kinder eines Managers und eines höheren Beamten leben. Jeder kennt Leute, die vor der Einschulung in einen schickeren Stadtteil ziehen. Eltern scheuen keine Mühen und Tricks, um ihr Kind in einem scheinbar besseren Schulsprengel einschulen zu können. Vor allem soll vermieden werden, dass das eigene Kind in eine Schule geht, in der der Ausländeranteil sehr hoch ist. Damit würden die Bildungschancen des Kindes gefährdet. Die Sinus-Studie kommt zu folgendem Schluss: In der Mitte der Gesellschaft hat sich im Kampf um Chancen und Bildung eine erbarmungslose Rivalität aufgetan. Die Familien wirken im Zuge des allgegenwärtigen Wettbewerbsdrucks erschöpft, verunsichert, von der Furcht gepeinigt, gravierende Fehler zu machen, die ihrem Nachwuchs die Zukunft kosten könnten.

Die Sinus-Studie bestätigt meines Erachtens, dass es nicht ausreicht, für Chancengerechtigkeit einzutreten. Auch wenn benachteiligte Schichten durch Frühförderung und Ganztagschulen chancenfähig gemacht werden würden – was unzweifelhaft unser Ziel sein muss –, dann entsteht dadurch allein noch keineswegs eine gute und gerechte Gesellschaft. Dazu braucht es ein solidarisches Bewusstsein. Nur wenn es den Menschen nicht nur um die Chancen der eigenen Kinder, sondern vor allem auch um die Chancen der anderen geht, sind wir auf dem Weg in eine gerechtere Gesellschaft.

V. Die neue Sozialzyklika

Zum Schluss noch ein Terminhinweis. Ich bin fest davon überzeugt, dass die katholische Soziallehre eine klare Orientierung bietet, um die anstehenden politischen Aufgaben zu meistern. Die im Juni veröffentlichte Sozialzyklika von Papst Benedikt XVI. enthält viele Anregungen, die an die Tradition der Katholischen Soziallehre anknüpfen und diese weiterführt. Sie betont in einer Zeit der Wirtschafts- und Finanzkrise die globalen Herausforderungen, unterstreicht die moralische Bedeutung der Krise, ohne dabei die institutionellen und globalen Veränderungsnotwendigkeiten zu unterschlagen.

Eine Veranstaltung unseres Sachausschusses Wirtschaft und Arbeitswelt zur Bedeutung der Sozialzyklika war sehr gut besucht. Einladen möchte ich Sie zu einem Symposium, bei dem wir als Diözesanrat als Mitveranstalter auftreten. Dieses findet am Mittwoch, 28. Oktober, in der Katholischen Universität in Eichstätt statt. Die Teilnahme ist kostenlos. Anmeldung ist keine erforderlich.